



N i e d e r s c h r i f t
über die 67. - öffentliche - Sitzung
des Kultusausschusses
am 11. März 2022
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Geflüchtete Kinder aus der Ukraine - Beschulung in den allgemein- und berufsbildenden Schulen und Betreuung in den Kindertagesstätten“**
Unterrichtung..... 5
Aussprache 8

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Stand bezüglich der Corona-Pandemie in Schulen und Kindertagesstätten**
Unterrichtung..... 17

3. **Entwurf eines Gesetzes zum Fortbestand der Förderschulen im Förderschwerpunkt Lernen**
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/10728](#)
dazu gemäß § 23 Abs. 1 S. 2 GO LT:
Individuelle Bildungswege und gelingende Inklusion brauchen eine vielfältige Schullandschaft
Antrag der Fraktion der FDP – [Drs. 18/10729](#)
Verfahrensfragen..... 19

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Schulen für Gesundheitsfachberufe und Einrichtungen für die praktische Ausbildung**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/10796](#)
Beginn der Beratung..... 21

-
5. **Innovation durch Vielfalt, Chancengerechtigkeit durch Freiheit - Öffentliche und freie Schulen im fairen Wettbewerb**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/5858](#)
(abgesetzt).....23
6. **Unterrichtsversorgung verbessern - ausreichend Lehrkräfte ausbilden**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/10738](#)
Verfahrensfragen.....25
7. **Planung einer parlamentarischen Informationsreise des Kulturausschusses in 2022**27

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Lasse Weritz (CDU), Vorsitzender
2. Abg. Kerstin Liebelt (SPD)
3. Abg. Matthias Möhle (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
4. Abg. Stefan Politze (SPD)
5. Abg. Philipp Raulfs (SPD)
6. Abg. Claudia Schüßler (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
7. Abg. Bernd Wölbern (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
8. Abg. André Bock (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
9. Abg. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)
10. Abg. Christian Fühner (CDU)
11. Abg. Tatjana Maier-Keil (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
12. Abg. Anette Meyer zu Strohen (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
13. Abg. Dragos Pancescu (i. V. d. Abg. Julia Willie Hamburg) (GRÜNE) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
14. Abg. Susanne Victoria Schütz (i. V. d. Abg. Björn Försterling) (FDP)

mit beratender Stimme:

15. Abg. Harm Rykena (fraktionslos)

Von der Landesregierung:

Minister Tonne (MK).

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Armbrecht,
Regierungsrat Martin (per Videokonferenztechnik zugeschaltet).

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Parlamentsrätin Brüggeshemke, Mitglied.
Dr. Wetz, juristische Referentin.

Niederschrift:

Regierungsrätin Dr. Schütze, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10.30 Uhr bis 12.13 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Geflüchtete Kinder aus der Ukraine - Beschulung in den allgemein- und berufsbildenden Schulen und Betreuung in den Kindertagesstätten“

Unterrichtung

Minister **Tonne** (MK): Vielen Dank für die Möglichkeit, Sie heute unterrichten zu können. Aufgrund der Dimension und der Dynamik der aktuellen Lage ist es mir ein Anliegen, in diesem Ausschuss über den tagesaktuellen Sachstand zu berichten. Der Anlass könnte trauriger und bedrückender nicht sein: Mehr als zwei Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer - darunter viele Kinder und Jugendliche - sind bereits vor den russischen Kampfhandlungen geflohen. Ehrlicherweise kann von uns im Moment niemand die Frage beantworten, wie das eigentlich weitergeht. Was lassen die nächsten Wochen erwarten?

Wir sind Zeugen einer wirklich schlimmen Zäsur; erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges erleben wir einen Angriffskrieg in Europa und damit auch eine noch nie da gewesene Lage. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Mich hat es heute Morgen - milde gesagt - fassungslos gemacht, als ich die Aussage des russischen Außenministers gehört habe, man habe die Ukraine nicht angegriffen, sondern führe lediglich eine Sonderoperation zum Schutz des eigenen Landes durch. Wenn man so etwas hört, ist die blanke Wut kaum noch zu unterdrücken.

Ich möchte in diesem Zusammenhang meinen Dank an die vielen Tausend Schülerinnen und Schüler in unserem Land aussprechen, die vielfältige Aktionen organisieren und Spenden sammeln. Was die jungen Menschen auf die Beine stellen, um der Ukraine ihre Solidarität auszusprechen, ist beeindruckend. Land auf, Land ab finden Veranstaltungen statt; das sind klare Signale für den Frieden und gegen den Krieg. Ich will auch betonen: Jedes dieser Zeichen ist ein sehr wichtiges Zeichen. Ich nehme außerdem sehr erfreut zur Kenntnis, dass wir nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch innerhalb der NATO und der Europäischen Gemeinschaft Einigkeit demonstrieren.

Ein weiterer Grund, warum ich heute gerne persönlich diesen Ausschuss unterrichten möchte, ist

die gestrige Tagung der Kultusministerkonferenz. Auch diese Ergebnisse möchte ich Ihnen gleich mit präsentieren.

Wir als Landesregierung werden alle Hebel in Bewegung setzen, dass die Kinder und Jugendlichen, die aus dem Kriegsgebiet zu uns kommen, möglichst schnell ein passendes Bildungs- und Betreuungsangebot erhalten. Von allen Seiten wird zurückgespiegelt, dass sie an Niedersachsens Schulen und Kindertageseinrichtungen willkommen geheißen werden. Es wird alles unternommen, um Bildung, Teilhabe und Integration der Kinder und Jugendlichen zu ermöglichen. Entsprechende Strukturen sind etabliert, das gilt für die gesamte Bildungskette von der Kita über die allgemein bildenden bis zu den Berufsbildenden Schulen. Es gilt der Grundsatz: Die Zugänge zu unserem Bildungssystem sind offen! Für geflüchtete Kinder bestehen die altersbezogenen Rechtsansprüche auf Kindertagesbetreuung und auf Schulbesuch. Das galt und gilt weiterhin, so umfassend das in der aktuellen Lage möglich ist.

Was bedeutet dies konkret? - Plätze für die Kinderbetreuung in einer Krippe, einer Kindertagespflegestelle oder in einem Kindergarten werden u. a. über die Städte und Gemeinden vergeben. Familien, die nach Niedersachsen kommen, sollten sich schnell bei ihrer Stadt oder Gemeinde bzw. dem jeweiligen Jugendamt anmelden. Dort erhalten sie entsprechende Informationen. Sobald geregelt ist, dass eine Familie einen sogenannten Aufenthaltsstatus hat - dies ist nach der Beschlussfassung auf EU-Ebene sehr schnell möglich - können und sollen ihre Kinder eine Schule in Niedersachsen besuchen. Bis es soweit ist, haben wir ermöglicht, dass die betroffenen Kinder unbürokratisch in Schulen aufgenommen werden können und somit mit den Integrationsangeboten schnell begonnen werden kann.

Zudem wird allen Kindern und Jugendlichen im Alter von 6 bis 18 Jahren, die in den Standorten der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen untergebracht sind, Unterricht über umliegende öffentliche allgemein bildende Schulen und umliegende Berufseinstiegsschulen angeboten. Diese Regelungen existieren und sind anwendbar. Sie sind aber auf einen gleichmäßigen, „normalen“ Zuzug ausgerichtet. Da noch nicht absehbar ist, in welchem Ausmaß wir geflüchteten Familien Schutz, Integration und Bildung werden zukommen lassen, müssen wir uns auf diese dynamische Lage einrichten. In Niedersachsen fußt unsere Arbeit zurzeit auf einer Annahme, die sich

daran orientiert, wie viele geflüchtete Kinder und Jugendliche 2015 zu uns gekommen sind. Natürlich ist dies nur eine vermutete Zahl. Es kann auch ganz anders kommen. Die Kolleginnen und Kollegen aus Berlin haben gestern auf der Kultusministerkonferenz eine dramatische Lage geschildert. Es kann sein, dass auch wir in der kommenden Woche unsere Annahmen korrigieren müssen. Damit werden wir immer wieder konfrontiert werden.

Aufgrund des Ausreiseverbots wehrfähiger Männer erreichen aktuell vor allem Frauen und Kinder die EU-Nachbarländer der Ukraine. Mit dem für uns als MK übergeordneten Ziel, die Aufnahme, Betreuung und Beschulung der ukrainischen Kinder und Jugendlichen in Kita und Schule von Anfang an zu ermöglichen, wurde zur abteilungs- sowie behördenübergreifenden Steuerung, Koordination, Vernetzung und Bearbeitung der sich in diesem Zusammenhang stellenden Herausforderungen im Kultusbereich eine Krisenstruktur eingerichtet.

Parallel gibt es seit gestern eine Task Force der Kultusministerkonferenz, die sich auch sehr kurzfristig mit den Fragen auseinandersetzen hat: Wie können wir Angebote, die in der Ukraine existieren - ich werde nachher ein paar Beispiele nennen - zu uns herüberziehen, sodass sie von den Flüchtlingen genutzt werden können? Dabei geht es natürlich auch um Angebote in ukrainischer Sprache.

Die Krisenstruktur, die wir in den vergangenen zwei Jahren im Rahmen der Corona-Pandemie mit den Verbänden entwickelt haben, wird nahtlos in eine Krisenstruktur bezogen auf den Krieg in der Ukraine übergehen. Das gleiche gilt auch für den engen Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden.

Im Unterschied zu 2015/2016 müssen wir eine andere Meldestruktur installieren - dies wird gerade gemacht -, weil wir einen dezentralen Zuzug haben. Dieser wird nicht ausschließlich über die Landesaufnahmestellen gesteuert, die Familien kommen hier auch einfach so in Niedersachsen an. Es wird also nicht nur eine Meldestruktur über die Landesaufnahmeeinrichtungen in die Verteilung geben, sondern auch umgekehrt. Das bedeutet, die Schulen werden melden, wie viele Flüchtlinge bei ihnen angekommen sind, damit wir mit exakten Daten arbeiten können. Das ist momentan noch nicht möglich. Dies ist aber nun installiert, denn nur mit einem Überblick über die Al-

tersstruktur kann man entsprechende Angebote koordinieren.

Eine andere Ausgangslage als in den Jahren 2015/2016 besteht auch hinsichtlich des Bildungsstandes, mit dem die Schülerinnen und Schüler zu uns kommen. Ohne in ein Schwarz-Weiß-Denken verfallen zu wollen, gehen wir davon aus, dass wir weniger Probleme mit einer fehlenden Alphabetisierung und Sprachdefiziten haben werden. Es ist davon auszugehen, dass die ukrainischen Kinder und Jugendlichen erheblich mehr Schulerfahrungen mitbringen, als es bei den Flüchtlingen aus Syrien und Afghanistan der Fall war. Gestern war die Generalkonsulin der Ukraine in der KMK zu Gast, die gesagt hat: Wir liegen vom Bildungsstandard her deutlich über dem europäischen. - Hier wollen wir uns nicht im Kleinklein verkämpfen, aber es mag wohl in der Tat ein deutlicher Unterschied zu der Situation 2015/2016 bestehen.

Alle Kinder sind ab 6 Jahren schulpflichtig und erlernen in der Grundschule nicht nur Lesen und Schreiben, sondern auch eine erste Fremdsprache - zumeist Englisch - und lernen neben einer an kyrillischen Schriftzeichen orientierten Schrift auch die lateinischen Schriftzeichen. Von einer sehr soliden sprachlichen Grundbildung ist daher auszugehen. Und auch die mathematisch-naturwissenschaftlichen Kompetenzen sind dort auf einem sehr hohen Niveau. Daher wird die Aufnahme und Beschulung dieser Schülerinnen und Schüler auch die Aufgabe *aller* Schulen bzw. Schulformen sein. Die perspektivische Verteilung der Schülerinnen und Schüler sollte sich daher am Alter und am Bildungsstand ebenso orientieren, wie es kurzfristig natürlich auch die räumlichen Begebenheiten zu beachten gilt. Entsprechende Hinweise befinden sich in der Ausarbeitung.

Die soliden Grundlagen, von denen wir ausgehen, lassen Stand heute auch den Schluss zu, dass die Art und Weise der seit 2015 etablierten Sprachförderung in Niedersachsen auch für die ukrainischen Schülerinnen und Schüler sehr geeignet sein wird. Sprachintensivförderung in Deutsch als Zweitsprache, Anschlussförderkurse in Deutsch als Zweitsprache und auch Förderunterricht in Deutsch als Zweit- und Bildungssprache kann individualisiert und schulspezifisch zur Anwendung kommen. Der Ansatz ist, dass die Kinder ergänzend zum Regel- und Fachunterricht Förderung in Deutsch erhalten. Das bedeutet, dass beispielsweise der Fachunterricht in Mathe,

Sport, Kunst, Deutsch und Englisch besucht wird und ergänzend hierzu eine intensive Förderung in Deutsch als Zweitsprache erfolgt.

Mit der Berufseinstiegsschule steht den jungen schulpflichtigen Menschen mit Sprachförderbedarf nun die Vollzeitklasse „Sprache und Integration“ zur Verfügung, für nicht Schulpflichtige erweitert durch die Teilzeitklasse „Sprache/Integration“. Die zur Bewältigung der Flüchtlingskrise ab 2015 eingeführten Projekte SPRINT und SPRINT dual haben wir im Laufe dieser Wahlperiode in Struktur gebracht. Deshalb stehen die Angebote zur Verfügung. Wir haben also funktionierende und etablierte Strukturen, um Kinder und Jugendliche aufzunehmen und sie zu fördern.

Inwiefern unsere Strukturen und Ressourcen mittel- und langfristig allerdings ausreichen, lässt sich Stand heute nicht seriös prognostizieren. Die Dynamik der Ereignisse in dieser Woche macht deutlich, dass uns hinsichtlich flexibler Lösungen alles abverlangt werden wird. Das ist von der konkreten Weiterentwicklung der Lage in der Ukraine abhängig. Die Lage wird daher kontinuierlich beobachtet und analysiert. Wir bereiten uns weiter vor und entwickeln vorausschauend Szenarien, um gegebenenfalls personell oder finanziell aufzustocken.

Ich habe vorhin berichtet, dass die Generalkonsulin in der KMK zu Gast war. Sie hat uns als Wunsch der ukrainischen Regierung sehr klare Vorstellungen überbracht. Ich möchte dies verkürzt wiedergeben. Erstens ist ihre Vorstellung: Das ist ein vorübergehender Zustand. - Die Betroffenen wünschen sich, dass dieser nur wenige Monate dauert, und sie möchten zurück in die Ukraine. Es wurde betont, wie wichtig es ist, dass wir möglichst nahtlose Angebote machen. Deshalb haben wir im Moment besonders die jungen Menschen im Blick, die unter normalen Umständen in diesem Jahr ihren Abschluss in der Ukraine gemacht hätten. Wie können wir Angebote schaffen, um ihnen dies auch hier zu ermöglichen?

Die Generalkonsulin hat ferner sehr deutlich ausgeführt, dass die Betroffenen im Bereich der Integration gar nicht unbedingt ihren Schwerpunkt legen. Sie wünschen sich sehr eine Bewahrung der eigenen kulturellen Identität. Eigentlich besteht sozusagen der Wunsch: Bildet ukrainische Schulen in ukrainischer Sprache mit ukrainischen Lehrplänen! Ich gebe das mal als eine Schilderung wieder, die man uns gegeben hat. Die Kul-

tusministerinnen und Kultusminister waren bei diesem Punkt zurückhaltender: parallele Systeme und all das, was dazu gehört, zu etablieren. Wir alle haben unsere Erfahrungen gemacht, wie schwierig so etwas ist.

Trotzdem werden wir uns bei unseren Angeboten, die wir hier bereitstellen, auch immer wieder mit der Erwartungshaltung auseinandersetzen, die an uns gestellt wird, und versuchen, einen Kompromiss hinzubekommen. Es ist allen Beteiligten zu wünschen, dass es schnell wieder Perspektiven für die geflüchteten Menschen in der Ukraine gibt. Wir setzen aber auch darauf, dass Menschen bei uns Integration erfahren und gerade nach der Fluchterfahrung, nach all den traumatisierenden Erlebnissen Stabilität und Halt in unserer Gesellschaft erfahren. Dies ist nach wie vor ein wichtiger Aspekt, den wir immer wieder mit berücksichtigen müssen.

Die Dimension der Herausforderung wird uns sicher auch Neues denken, entwickeln und umsetzen lassen müssen. Wir werden gewohnte Wege verlassen müssen, um tatsächlich allen Kindern und Jugendlichen ein Angebot machen zu können. Wir werden schnell, flexibel und pragmatisch agieren müssen. Es tut mir leid, dies allen Beteiligten in meinem Haus und den nachgelagerten Behörden sagen zu müssen: Wir werden noch mal eine Schippe drauflegen müssen, was Tempo und Flexibilität anbelangt. - Ich möchte ehrlich sagen, dass wir nach zwei Jahren Pandemie ein System haben, das nachvollziehbarerweise an ganz vielen Stellen schlicht und ergreifend erschöpft ist. Das macht die Herausforderung umso größer.

Wir müssen über neue Betreuungs- und Unterstützungsangebote nachdenken, die auch die zugereisten Mütter einbinden. Es werden viele Frauen mit einer pädagogischen Grundbildung unter den geflüchteten Ukrainerinnen sein, deren Kompetenz wir dringend nutzen müssen: Lehrerinnen, Erzieherinnen, Musik- oder Theaterpädagoginnen, Wissenschaftlerinnen, Studierende. Ihre Kompetenzen werden wir in die weiteren Planungen einbeziehen müssen und entsprechende Einstellungsangebote generieren.

Ich glaube, dass dies in mehrfacher Hinsicht durchaus eine Win-Win-Win-Situation erzeugen kann. So ermöglichen wir nicht nur den Einstieg in Arbeit und Beschäftigung für die geflüchteten Frauen, wir schaffen zusätzliche Bildungs- und Betreuungsangebote für die geflüchteten Kinder

und erreichen damit schließlich eine Unterstützung des Kita- und Schulbetriebes.

Wir werden darüber hinaus den Schulen einen Zugang zu geeignetem Lehr- und Lernmaterial ermöglichen und über hybride Unterrichtsformate nachdenken. Das begründet sich darin, dass derzeit entsprechende Verbindungen hergestellt werden. Es gibt in der Ukraine ein System einer Online-Schule, die uns dabei unterstützen kann und die das auch machen möchte. Die Kontakte über die Robert-Bosch-Stiftung werden derzeit etabliert. Wir haben die Lehrbücher der Ukraine als Online-Angebote. Auch hier sind wir über die Task Force auf Bundesebene dabei zu prüfen, wie man eine Nutzung vor Ort sicherstellen kann. Das wird mit Sicherheit helfen, auch hier Angebote machen zu können.

Darüber hinaus sind wir derzeit in der Prüfung, wie wir die Niedersächsische Bildungscloud auf Ukrainisch anbieten können. Beim Thema Anerkennung der ukrainischen Berufsabschlüsse, Bildungsabschlüsse und Diplome müssen wir flexibel sein und eine Ermöglichungskultur etablieren. Es darf keine verlorenen Jahrgänge geben. Wir müssen prüfen, wie wir dies unter den gegebenen Rahmenbedingungen hinbekommen.

Ich möchte ausdrücklich betonen, dass wir gut beraten sind, die vorhandenen Strukturen sehr hoch zu halten. In einer Krisensituation darf es aber auch keine Denkverbote geben. Wir müssen immer wieder schauen, wie man schnell und flexibel reagiert und die Entscheidungen nachgelagert in einen vernünftigen Rahmen bringt. Das gilt sowohl für Schule als auch für Kita. Derzeit befinden wir uns in Gesprächen, um Möglichkeiten der „Platzschaffung“ zu identifizieren: Gründung von Kleingruppen, Nachmittagsgruppen, auch Möglichkeiten der Platzteilung - alles, was uns das KiTaG vorgibt. Auch hier gibt es keine Denkverbote, ohne dass man damit grundsätzlich Themen weggerollt. Hier gilt es wohlweislich, zu differenzieren.

Hinweise, Ideen und Rückmeldungen - auch aus dieser Runde - sind wertvoll und werden von uns dankbar in den Katalog der Themen, die wir bearbeiten, aufgenommen. Ich möchte abseits der Routinen des Kulturausschusses hier das Angebot hinterlegen, dass wir uns gerne in einem Jour fixe zwischen dem Vorsitz und den bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen unterhalten können, um in dieser hohen Dynamik der Ereignisse sehr regelmäßig gegensei-

tig Up-to-Date zu sein. Das Angebot mache ich Ihnen gerne.

Aussprache

Vors. Abg. **Lasse Weritz** (CDU): Sicherlich befinden wir uns gerade in einer absoluten Ausnahmesituation. Es hilft aber sicherlich, dass wir auch ein Stück weit Lehren aus der Vergangenheit gezogen haben, um gewisse Fehler vielleicht nicht noch einmal zu machen. Es ist uns allen bewusst: Diese schwierige Situation kommt jetzt für ein System, das durch die Corona-Pandemie bereits unter einem enormen Druck leidet, noch obendrauf. Für alle Kolleginnen und Kollegen, für alle Beschäftigten im Schul- und Kindergartenwesen wird das eine enorme Herausforderung sein.

Ich denke, ich spreche aber für alle Kolleginnen und Kollegen, wenn ich sage: Es ist auch unsere Pflicht und der kleinste Beitrag, den wir leisten können, dass wir zumindest die Kinder, die diese schrecklichen Dinge erleben mussten, hier adäquat auffangen und ihnen das bestmögliche Bildungsangebot machen. Ich glaube, das ist in unser aller Interesse.

Herr Minister, Ihr Angebot für einen regelmäßigen Austausch mit den kultuspolitischen Sprechern nutzen wir gerne. Wir bitten die Landtagsverwaltung, die Organisation mit dem MK entsprechend auf den Weg zu bringen.

Abg. **Susanne Victoria Schütz** (FDP): Vielen Dank, dass Sie unserer Bitte um eine Unterrichtung nachgekommen sind. Während der letzten Flüchtlingskrise war ich noch Konrektorin einer sehr stark betroffenen Schule, einer Hauptschule in Salzgitter. Einige meiner Fragen, die ich Ihnen stellen möchte, stelle ich sicherlich auch vor diesem Hintergrund. Damals bestand das Problem teilweise darin, dass Schule sich in der Organisation ein bisschen alleine gelassen gefühlt hat. Deshalb möchte ich einige konkrete Punkte anmerken, die auf eine bessere Verzahnung abzielen. Wir alle wissen nicht, wie viele Menschen kommen und welchen Bildungsstand sie genau haben. Wir sollten aber versuchen, alle Bereiche optimal miteinander zu vernetzen, sodass wir keine Reibungsverluste haben, wo wir sie nicht gebrauchen können.

Eine Frage zum Kitabereich: Sie haben bereits ausgeführt, dass auch die beruflichen Fähigkeiten der geflüchteten Mütter mit einbezogen werden

sollen. Beispielsweise gibt es die sogenannte Hamburger Positivliste, auf der andere Berufsgruppen stehen, die in Kindergärten eingesetzt werden dürfen. Ist so etwas für Niedersachsen angedacht?

Zum Schulbereich: Im Zusammenhang mit der Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die Schulen möchte ich Sie gerne fragen, ob Sie hier bereits einen Überblick haben und inwiefern eine Steuerung angedacht ist. Ohne eine gewisse Lenkung wird es in der Nähe der Sammelunterkünfte einen großen Zulauf geben. Die Auflösung von Grundschulbezirken ist eventuell eine Maßnahme, die die Kommunen machen können. Die Regionalen Landesämter sollten aber ja irgendwie mit im Boot sein und informiert sein.

An welche Schulformen im Sekundarbereich werden diese Kinder kommen? Sie haben selber gesagt, dass wir die unterschiedlichen Leistungsniveaus erfassen wollen. Aus meiner vergangenen Tätigkeit an der Schule kann ich berichten, dass wir damals 2015/2016 selber einen Einstiegstest entwickelt haben, den schließlich sogar mehrere Schulen verwendet haben. Vielleicht könnte man so etwas dieses Mal zentral zur Verfügung stellen.

Außerdem möchte ich die Bitte formulieren, dass die Schulen Informationen darüber erhalten, wie das Schulsystem in der Ukraine aufgebaut ist. Wie groß ist beispielsweise die Chance, dass die Kinder mit Englischkenntnissen und mit Kenntnissen hinsichtlich der lateinischen Schriftzeichen kommen? Sie haben sich diesbezüglich ja gerade optimistisch geäußert. In den Schulen besteht aber deswegen noch Unsicherheit. Welche Informationsmaterialien bekommen die Schulen darüber hinaus? Letztes Mal haben wir beispielsweise Elternbriefe in eigener Regie ins Arabische übersetzt. Bestimmt gibt es hier Dinge, die man sammeln könnte. Gibt es eine Möglichkeit, dass so etwas zentral erstellt wird? Das haben wir uns damals fürchterlich gewünscht, und das wäre dieses Mal sicherlich eine große Entlastung für die Schulen.

Ich wäre sehr dafür, wenn möglichst eine Beschulung im normalen Unterricht erfolgen soll und parallel dazu Deutschkenntnisse vermittelt werden. Sind in diesem Zusammenhang DaZ-Klassen angedacht? Wo es Lehrkräfte mit einer tatsächlichen DaZ-Befähigung gibt, kann das MK wahrscheinlich „auf Knopfdruck“ herausfinden. Die Idee, eine Abfrage zu machen - das war

2015/2016 auch so -, welche Lehrer sich darüber hinaus DaZ aus dem Stegreif zutrauen würden, wäre sicherlich gut.

Ist auch die Einbeziehung von Studenten angedacht? Wer erfasst die Berufe der geflüchteten Eltern und ermittelt, ob gegebenenfalls Lehrer oder Erzieher dabei sind?

Gestern wurde im Sozialausschuss ein weiteres Problem angesprochen: der Impfstatus der Kinder. Die Kleinstkinder sind nicht gegen Masern/Mumps/Röteln geimpft, weil dies nicht der Impfpraxis in der Ukraine entspricht. Abgesehen von Corona-Impfungen, die mit Impfstoffen erfolgt sind, die bei uns nicht anerkannt sind, geht es mir vor allem um die Impfung gegen Masern, weil es im Bereich der Kindergärten und Schulen bei uns eigentlich eine Pflicht gibt. Im Sozialausschuss hieß es gestern, dass davon auch nicht abgewichen werden soll. Dies würde ich aus gesundheitspolitischer Sicht auch richtig finden. Ein anderes wichtiges Thema ist Polio. Die Ukraine hatte in letzter Zeit gravierende Probleme mit Polio-Ausbrüchen.

Minister **Tonne** (MK): Ich möchte ausdrücklich betonen, dass wir das Ganze so organisieren müssen, dass es möglichst wenige Reibungsverluste gibt. Ob wir es ganz ohne hinbekommen, ist fraglich. Wir kennen die Strukturen gut genug. Derzeit sind wir dabei, eine ganze Menge Schulmaterialien, die wir haben, ins Ukrainische übersetzen zu lassen und über das Bildungsportal einzustellen. Dann können wir sagen: Dort bekommt ihr die Informationen. - Dies findet im Moment im Zusammenhang mit vielen Broschüren statt. Wir haben beispielsweise eine ganz gute Broschüre „Das Schulsystem in Niedersachsen“, die gerade übersetzt wird.

Wir werden auch das Instrument der sogenannten Ministerbriefe fortführen. Dies hat uns in der Pandemie sehr geholfen, weil damit genau das passiert, was Sie einfordern. Die Schulen müssen die Hinweise natürlich nicht 1 : 1 umsetzen, aber sie können sich die für sie wichtigen Dinge dort herausholen. So hat man eine Vorlage, an der man sich orientieren kann. Dies wird es auch für den Umgang mit geflüchteten jungen Menschen geben, und das passiert übrigens schon jetzt. Letzte Woche und diese Woche haben wir immer wieder Informationen an die Schulen gegeben. Das jüngste Beispiel liegt im Bereich der Schulpsychologie: Wie kann ich eigentlich das Thema Krieg in der Schule besprechen? Wie gehe ich mit Konflik-

ten um, wenn an einer Schule russischstämmige Schülerinnen und Schüler auf ukrainischstämmige Schülerinnen und Schüler treffen? Auch diesbezüglich versuchen wir gerade, den Schulen so viel Infomaterial wie möglich an die Hand zu geben.

Die Struktur, die sich auch in der Pandemie bewährt hat, einen regelmäßigen Austausch mit allen Bildungsverbänden durchzuführen, sodass diese auch Themen und Bedarfe zurückspeiegeln können, soll wie gesagt fortgeführt werden. Dazu gehört auch die Info: Mit welchen Voraussetzungen kommen die betroffenen Kinder und Jugendlichen zu uns? Dazu hatte ich vorhin bereits Ausführungen gemacht. Auch diese Informationen geben wir den Schulen an die Hand.

Sie haben die sogenannte Hamburger Positivliste angesprochen. Dieses Thema erörtern wir heute und auch über das Wochenende hinaus mit den Kommunen. Es soll geklärt werden, wo es noch konkrete Bedarfe gibt, um zumindest Möglichkeiten für Übergangsregelungen zu schaffen. Ich sage Ihnen aber auch ganz deutlich: Es wird dabei nicht haltmachen. Wir werden uns vielmehr Strukturen überlegen müssen, wie für einen im Moment noch unabsehbaren Zeitraum so viele Angebote wie möglich gemacht werden können. Das Problem besteht in allen Bundesländern im Bereich von Kita und Schule: Es gibt ja keine Wartelisten, mit denen man auf Abruf zusätzliche Beschäftigte ins System holen kann. Das ist keine niedersächsische Besonderheit. Gestern auf der KMK war *allen* Beteiligten sehr klar, welche Herausforderungen hier auf uns zukommen.

Sie fragten, ob Studierende in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden. - Ja auch diese Personen werden selbstverständlich in entsprechende Angebote einbezogen.

In der Tat ist der Impfstatus ein wichtiges Thema. Wir müssen klären: Wo kommen die Familien an? Wie kann man dort Impfangebote machen? Mit Sicherheit werden wir unsere bestehenden Impfangebote dahin gehend ausrichten müssen, dass weiterhin Corona-Schutzimpfungen angeboten werden, aber auch Polio und Masern in den Blick genommen werden. Wir brauchen entsprechende Angebote.

Sie hatten nach der Einrichtung von DaZ-Klassen gefragt. Ich habe schon mehrfach darauf verwiesen, dass es keine Denkverbote gibt. Was orga-

nisierbar ist, muss auch organisiert werden. Dazu werden auch solche Angebote gehören.

Zu Ihrem Hinweis bezüglich der Einstiegstests: Wir prüfen gerne, ob wir hier auch etwas Einfaches und Niedrigschwelliges anbieten können. Diese Anregung nehme ich gerne mit. Dafür ist eine Runde wie diese sehr gut. In der Tat ist es wichtig, die Erfahrungen von 2015/2016 zu nutzen und zu fragen: Was hat uns damals gefehlt? Welche Probleme können wir bereits im Vorfeld abfangen?

MR'in **Rehn** (MK): Eine kurze Ergänzung zum Thema Einstiegstests: Wir haben nach der Flüchtlingskrise 2015/2016 einen Test etabliert, das sogenannte 2P-Verfahren. Dies steht den Schulen online zur Verfügung, und es handelt sich um ein sehr gutes Instrument, um auch die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler, die aus der Ukraine zu uns kommen, einordnen zu können.

Darüber hinaus haben wir den Schulen aufgrund der Corona-Situation verschiedene Diagnose-Instrumente online zur Verfügung gestellt. Diese befinden sich zum Teil in der Bildungscloud. Wir müssen prüfen, inwiefern die Sprachbarrieren dabei hinderlich sind. Viele betroffene Schülerinnen und Schüler sind aber der englischen Sprache mächtig; so ist zumindest unsere Erwartung. Deshalb können wir mit diesen Instrumenten vielleicht ganz gut arbeiten. In diesem Bereich sind wir also gut aufgestellt.

Minister **Tonne** (MK): Als letztes Stichwort habe ich mir noch „Erfassung der Berufe“ aufgeschrieben. Dies muss über die Anmeldung der Flüchtlinge bei den Kommunen vor Ort geschehen. Darüber müssen wir den Abgleich hinbekommen. Deshalb ist auch der enge Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden wichtig. Ich hatte Ihnen das neue Meldesystem für Schule geschildert. So etwas braucht man für den Kitabereich auch. Dort haben wir allerdings nicht dieselben Möglichkeiten wie für den Schulbereich. Dies bedeutet, dass wir hier auf die Träger und die Kommunen angewiesen sind.

Abg. **Christian Fühner** (CDU): Herr Minister, herzlichen Dank, dass Sie in diesen Zeiten dem Ausschuss Rede und Antwort stehen. Das finde ich sehr gut. In dieser schwierigen Lage gibt es auch nicht die Zeit, um politisch zu agieren. Es ist eine Verpflichtung dieses Ausschusses, Ihnen lösungsorientiert den Rücken zu stärken, in den Kommunen das Bestmögliche umzusetzen. Wir

sind es den jungen Menschen, die in dieses Land kommen, schuldig, alles dafür zu tun, dass die Bedingungen so gut wie möglich sind.

Es geht ja nun darum, Sofortmaßnahmen einzuleiten. Wenn die jungen Menschen zu uns an die Kitas und Schulen kommen, gilt die Frage: Wie können wir die Bedingungen so gestalten, dass sie dort ankommen können? Wie können wir Schule als sicheren Ort gestalten, sodass sie merken, dass sie dort sicher sind und dort ein Stück Normalität herrscht? Wie können wir es hinbekommen, dass sie dort auch mal einen anderen Gedanken fassen und das auf der Flucht Erlebte zumindest ein Stück weit vergessen können?

Deshalb ist es nach meiner Einschätzung wichtig, zusammen mit Schulpsychologen und gegebenenfalls auch externen Experten zu versuchen, diese Willkommenskultur und das Ankommen vorzubereiten. Die Lehrer müssen ein Stück weit geschult werden, was die ersten Elemente sein können, um die Bedingungen entsprechend zu setzen. Hierbei geht es nicht nur um Unterricht und um Sprachbarrieren, sondern auch darum, das Klima so zu gestalten, dass man in den ersten Tagen dort gut ankommt. Dies wäre sicherlich hilfreich. Die Schulpsychologen sind diesbezüglich ja auch sehr gut organisiert.

Sie haben das Thema der bestehenden Strukturen in der Ukraine angesprochen, Herr Minister. Auch ich glaube, dass wir damit rechnen können, dass viele Geflüchtete - insbesondere junge Frauen - als Erzieherin oder in anderen Berufen arbeiten und uns damit in dieser Situation helfen können. Meine Frage in diesem Zusammenhang: Wie kommen die Kommunen an die Daten, welche Personen in den Kitas und in den Schulen helfen könnten? Wie bekommen wir es hin, dass wir den Wunsch der Geflüchteten, ihre eigene Identität und Kultur zu leben, erfüllen, aber gleichzeitig auch integrierende Faktoren umsetzen? Gibt es beispielsweise schon Pläne für Willkommensklassen, in denen die Schülerinnen und Schüler unter sich sind, während sie dann in Sport oder Englisch gemeinsam beschult werden? Hier muss geprüft werden, wie wir integrierende Faktoren im Unterricht hinbekommen.

Neben den Studierenden würde ich auch die pensionierten Lehrkräfte im Blick behalten. Aber ich denke, es ist ohnehin klar, dass man diese anspricht.

Was machen wir mit den über 18-Jährigen? Hierbei handelt es sich nicht nur um den Aufgabenbereich des Kultusministeriums. Wie sieht es mit dem Thema Berufsschule aus? Wahrscheinlich kommen auch Auszubildende usw. zu uns. Werden die Berufsschulen auch mitgedacht, wenn es um den Bereich Ausbildung bzw. Erwerbstätigkeit geht? Hier sollten wir ja sozusagen als Partner des Dualen Systems zur Verfügung stehen.

Abg. **Dragos Pancescu** (GRÜNE): Herr Minister, vielen Dank für Ihre motivierenden Worte. In der Tat befinden wir uns gerade in einer sehr besonderen Situation. Ich war heute Morgen sehr berührt, als ich erfahren habe, dass sich Kinder in der Ukraine über den Schnee gefreut haben. Ich habe mich gefragt, warum sie sich darüber freuen. Dabei geht es leider nicht - wie bei uns - darum, Schneeballschlachten zu machen und Schneemänner zu bauen. Die Kinder in der Ukraine haben sich über den Schnee gefreut, weil sie kein Wasser haben. Sie können den Schnee schmelzen, um Wasser zu trinken. Daran sieht man: Es herrschen in der Ukraine gerade wirklich katastrophale Bedingungen. Das macht uns alle sehr bestürzt. Wir hoffen, dass wir so viel helfen können, wie es nur möglich ist.

Uns erreichen gerade viele Zuschriften und Anrufe von Lehrerinnen und Lehrern: Unser Personal in den Einrichtungen ist gerade total überfordert. Alle sind sehr ausgelaugt. Wir versuchen gerade, die Corona-Pandemie in den Griff zu bekommen, sodass wir sie endlich hinter uns lassen können. Können Sie darlegen, ob es auch Angebote gibt, die die Lehrerinnen und Lehrer konkret betreffen?

Der Kollege Herr Fühner hat vorhin vollkommen zu Recht das Ankommen der Kinder und Jugendlichen angesprochen. Gibt es die Möglichkeit, hier auch therapeutische Angebote anzudocken? Wir haben die Erfahrungen mit den Flüchtlingen aus Syrien und Afghanistan gemacht. Viele von ihnen waren sehr traumatisiert. Es wäre schön, wenn die Landesregierung in diesem Zusammenhang etwas planen würde und Sie uns darüber informieren.

Minister **Tonne** (MK): Zum Stichwort „Sofortmaßnahmen“: Es ist am Anfang sehr wichtig, den Betroffenen möglichst viel Verlässlichkeit und einen orientierenden Rahmen zu geben. Dies müssen wir ihnen - nach den Erfahrungen in der Ukraine und auf der Flucht - durch Ankunft, durch Aufnahme, durch Wohnung, durch Strukturen und durch die Möglichkeit, Zugang zu Bildungsange-

boten zu erhalten, bieten. Wir müssen uns wie gesagt angucken, in welchem Umfang das alles möglich ist, aber wir müssen hier das Bestmögliche erreichen.

Hinsichtlich der Schulpsychologie haben wir schon die Angebote ausgeweitet und Infos an die Schulen geschickt: Wie können wir dort an Unterstützung kommen, wo es notwendig ist?

In der vergangenen Woche kamen Zuschriften von - ich glaube - Grundschulen, ob dort auch „lustige“ Veranstaltungen stattfinden dürfen. Die einzige Antwort darauf ist: Ja, selbstverständlich. Selbstverständlich muss auch in solch einer schwierigen Situation Kindern die Möglichkeit gegeben werden, Spaß zu haben und zu lachen. Dies ist gerade für kleine Kinder unglaublich wichtig. Damit kann sehr viel von dem, was Sie vorhin beschrieben haben, geboten werden. Die Kinder müssen auch mal etwas anderes erleben und dadurch Halt bekommen. Ich habe in der vergangenen Woche in der Pressekonferenz ausdrücklich betont: Auch so etwas müssen die Kinder in der Schule erleben - trotz aller Schwierigkeiten, die drumherum existieren.

Wir überlegen gerade, wie wir Menschen um die Schule herum mit aufnehmen können und sie in die Schule hineinkommen lassen können. Wir sind gerade dabei, alle bestehenden Hürden so gut wie möglich wegzuräumen und Schule zunächst einmal einfach und niedrigschwellig unterstützend zur Seite zu stehen.

Damit entsteht auch eine Brücke zu dem, was Herr Pancescu vorhin angesprochen hat. Deshalb habe ich es vorhin auch ausdrücklich betont: Diese zwei Jahre Pandemie haben jedem einzelnen im Schulsystem richtig was abverlangt. Die Aussicht, jetzt von einer noch nie da gewesenen Krise in eine neue Krise von solch einem großen Ausmaß zu fallen, beschäftigt alle Beteiligten nachvollziehbarerweise. Deshalb funktioniert das Ganze auch nur, wenn wir Unterstützung von außen hinzuziehen.

Herr Pancescu, ich möchte noch eine weitere Maßnahme nennen, die wir durchführen müssen: Für die Abarbeitung aller Herausforderungen rund um Corona haben wir den Leitungen kleinerer Grundschulen vier Stunden zusätzliche Entlastungszeit gegeben. Dies werden wir fortschreiben, weil es gar nicht anders machbar ist. Gerade diese kleinen Schulsysteme brauchen die Unterstützung, um der Situation Herr zu werden. Ich muss

in dieser Runde niemandem sagen, was eine solche Entscheidung im Rahmen der Debatten zur Unterrichtsversorgung bedeutet. Hier gilt es, eine schwierige Abwägung zu treffen.

Das meinte ich vorhin mit meiner Aussage: Wir befinden uns nicht in einer Normalsituation. - Wenn dann unter dem Strich alles doch etwas einfacher und schneller geht, dann legen wir die Planungen wieder zur Seite. Aber dann freuen wir uns auch, weil sich die Situation dann für die Menschen wieder verbessert hat. Sich jetzt aber darauf vorzubereiten, dass es anders sein kann, und auch davon auszugehen, ist notwendig. Dies wird nun tagesaktuell entsprechend eingesteuert.

Herr Pancescu, Sie fragten, was wir sozusagen im Köcher haben. - Wir müssen Menschen von außen hinzuholen, die unterstützen und helfen. Und wir werden die Entlastungsmaßnahmen, die wir etabliert haben, von der einen Krise in die nächste fortschreiben - so bitter das ist -, um unterstützen zu können.

Herr Fühner, Sie haben das Thema der jungen Erwachsenen angesprochen. Ich habe erwähnt, dass für junge schulpflichtige Menschen auch in der Berufsschule etwas zur Verfügung steht und dass auch für diejenigen, bei denen formal keine Schulpflicht mehr besteht, trotzdem Angebote - auch gerade im BBS-Bereich - existieren. Dies können Ihnen die Kolleginnen und Kollegen aus meinem Haus im Anschluss aber noch viel genauer darlegen. Auch zur Frage der Schulpsychologie können noch Ergänzungen erfolgen.

Abg. **Stefan Politze** (SPD): Auch von uns vielen Dank für Ihr persönliches Erscheinen in der heutigen Sitzung, Herr Minister. Ich denke, das ist ein deutliches und starkes Signal in dieser Zeit. Eine Reihe meiner Fragen wurden schon beantwortet. Deshalb möchte ich Ihnen an dieser Stelle eher Bitten und Wünsche mit auf den Weg geben. Sie haben vorhin von dem dynamischen Fluchtgeschehen gesprochen. Mittlerweile sind schon über 2,5 Millionen Menschen geflüchtet, und wir können davon ausgehen, dass dies die größte Fluchtbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg werden wird.

Wenn wir davon ausgehen, dass es sich bei den Flüchtenden im Wesentlichen um Frauen und Kinder handelt, kann man davon ausgehen, dass am Ende 50 % der geflüchteten Menschen Kinder sein werden. Diese Zahlen werden vermutlich bedeuten, dass Niedersachsen im schulischen Be-

reich und im Kitabereich davon ausgehen muss, dass perspektivisch etwa 100 000 Kinder in die Systeme integriert werden müssen und bestenfalls auch integriert werden.

Ich bin nicht ganz so „hoffnungsfroh“ hinsichtlich der Rückkehr der Geflüchteten, wie es die Generalkonsulin in ihren Schilderungen war. Wenn man sich allein die Bilder ansieht, die uns zugänglich sind, kann man davon ausgehen, dass die Ballungsräume in der Ukraine zerbombt werden. Wenn Angriffe auf Geburtskliniken und auf Privathäuser gefahren werden, dann können die Menschen vermutlich nicht so schnell wieder in ihre Heimat zurückkehren. Wir müssen davon ausgehen, dass die Menschen deutlich länger unseren Schutz brauchen, den wir ihnen auch auf jeden Fall geben sollten.

Mit Blick auf die Systeme Kita und Schule habe ich die herzliche Bitte, dass es pragmatische Lösungen für die Schulträger gibt und dass es eine größtmögliche Steuerungsmöglichkeit durch die Schulträger gibt - dort, wo es notwendig ist. Unsere Schulen mit besonderen Herausforderungen sind ja sehr gut ausgestattet und sehr gut in der Lage, auf solche Situationen zu reagieren. Ich glaube, sie sind eine große Unterstützung in diesem System, und ich bin froh, dass wir die Schulen mit besonderen Herausforderungen haben. Das bin ich nicht, weil es so gut wäre, dass wir sie brauchen, sondern weil sie sich so hervorragend auf die Situation eingerichtet haben und eine deutliche Stütze für das Schulsystem sind.

Vorhin haben Sie die hybriden Angebote angesprochen. Ich glaube, dass gerade darin insbesondere nach Corona und dem Ausbau der Digitalisierung eine große Chance liegt, Schülerinnen und Schüler auch hybrid in den Erstaufnahmeeinrichtungen und übrigen Einrichtungen unterrichten zu können. Hier liegt eine deutliche Möglichkeit, die Schulen nicht aus allen Nähten platzen zu lassen, da die Kommunen ja Schwierigkeiten haben werden, die entsprechenden Räume zur Verfügung zu stellen.

Ähnlich sieht es in den Kitas in den Ballungsräumen aus. In Hannover liegen wir an der oberen Grenze der gesetzlichen Zulässigkeit. Auch hier müsste man prüfen, wie man pragmatische Lösungen schaffen kann, und die Gruppengrößen sowie den Fachkraft-Kind-Schlüssel für diesen Zeitraum in den Blick nehmen und flexibilisieren, um dem Rechnung zu tragen, was wichtig ist: Die Kinder müssen in dieser schwierigen Zeit so viel

Normalität wie möglich erleben, so viel Ablenkung wie möglich bekommen und im System ankommen können.

Herr Minister, herzlichen Dank an Sie und Ihr Haus für das Angebot, uns in den laufenden Prozess einbinden zu wollen, aber insbesondere auch herzlichen Dank dafür, dass Sie schnell pragmatische Lösungen schaffen wollen. Dies ist, wie gesagt, auch eine herzliche Bitte von uns.

Abg. **Harm Rykena** (fraktionslos): Herr Minister, wir stimmen den von Ihnen geplanten Maßnahmen, wie Sie sie bislang angedeutet haben, vollumfänglich zu. Gibt es eine Übersicht über Personen, die beim Dolmetschen auf Ukrainisch helfen können? Wie soll damit umgegangen werden, dass möglicherweise Russisch zum Dolmetschen möglich ist und dies auf der anderen Seite aber auch zu Konflikten oder zu Belastungen führen kann, weil man ja gerade mit Russland Probleme hat?

Sie sagten, es sei wichtig, dass wir in Deutschland einig sind. Da frage ich: Gehören auch Kinder dazu, die russischsprachig sind? Vermerkt kommen Meldungen, dass eben diese Kinder angegriffen werden, gemobbt werden und teilweise auch von Lehrkräften angegangen werden. Ein Stichwort wäre: „Schulfrieden erhalten“. Haben Sie da irgendetwas in Planung?

Vors. Abg. **Lasse Weritz** (CDU): Dazu muss ich einen Satz sagen. Das ist wichtig. Herr Rykena, ich glaube, wir sind uns alle in der Frage einig, dass die Menschen aus Russland, die hier leben, absolut nichts mit diesem Krieg zu tun haben. Wenn die Menschen, die hier leben, - egal, von wem - dementsprechend angegangen werden - wenn das wirklich so sein sollte -, erfährt das unsere absolute Missbilligung. Herr Minister, wenn es wirklich so sein sollte, dass so etwas von Lehrkräften des Landes gemacht werden sollte, bitten wir Sie darum, darauf in aller Deutlichkeit zu reagieren. Die Menschen, die hier leben, können nun wirklich nichts dafür, dass ein diktatorischer Kriegstreiber meint - Entschuldigung -, „wilde Sau spielen“ zu müssen. Diese Menschen dürfen am Ende mit Sicherheit nicht dafür bestraft werden. Diesen Hinweis möchte ich mir an dieser Stelle erlauben.

Abg. **Susanne Victoria Schütz** (FDP): Herr Minister, ich bin nicht ganz sicher, ob Sie meine Frage bereits beantwortet haben, wie die Zuweisung vor allem im Sek-I-Bereich aussehen wird.

Die Leute laufen erst zu den Schulen? Die Schulen machen dann mit den Kindern Tests? Wird das irgendwie mit den Kommunen besprochen? Sonst wissen die Eltern ja gar nicht, an welche Schulform sie die Kinder schicken sollen und welche die nächstgelegene Schule ist. Was ist diesbezüglich auf dem Weg?

Herr Politze hat vorhin die Gruppengrößen angesprochen. Da bin ich sehr dabei. Daran anschließend habe ich aber eine Frage. Wir gehen jetzt in die Phase der Anmeldungen in Schulen und in Kindergärten. In diesem Zusammenhang muss ja auch geklärt werden, ob die zusätzlichen Kinder auf die Gruppengrößen angerechnet werden, bzw. auf die Anzahl der Kinder, die in der Warteschleife sind, angemeldet zu werden. Packen wir das sozusagen als Parallelsystem obendrauf, oder werden die geflüchteten Kinder auf die Gruppengrößen angerechnet?

Minister **Tonne** (MK): Frau Schütz, genau diese Fragen beschäftigen uns zurzeit. Wir müssen dafür ein System entwickeln, mit dem man pragmatisch arbeiten kann. Ich glaube, wir sind uns über Folgendes im Klaren: Bei allem, was wir jetzt an Unterstützung leisten wollen - und was auch notwendig ist und was auch völlig unbestritten ist -, müssen wir gucken, dass die Abläufe, die wir darüber hinaus haben, nicht vollkommen ins Trudeln geraten. Alles muss ordentlich miteinander verzahnt werden, und dazu gehört auch diese Frage.

Hier kann ich gleich die Brücke zu dem Hinweis von Herrn Politze hinsichtlich der Gruppengrößen schlagen. Natürlich müssen wir uns über dieses Thema unterhalten. Wir müssen aber auch sehr gut darüber nachdenken. Was wir an Belastung im Schulsystem haben, haben wir auch bei den Erzieherinnen und Erziehern. Auch hier können wir nicht die Arbeitsbelastung insgesamt unbegrenzt steigern. Auch diese Personen haben in den vergangenen zwei Jahren Pandemie unfassbar viel geleistet und sind genauso kaputt wie alle anderen. Deshalb gibt es nicht *die* einfache Lösung: Wenn wir es so machen, dann bekommen wir es hin. - Wir werden gucken müssen, dass wir die Fäden behutsam zusammenführen.

Aufgrund der Belastung, die insgesamt in diesem System vorherrscht, müssen wir wirklich auf die Gesundheit aller Beteiligten Rücksicht nehmen. Auf der anderen Seite ist es völlig unbestritten, dass diese Kinder und Jugendlichen Angebote bekommen müssen. Sie haben so viel Leid, Elend

und Mist hinter sich, dass dies gar keine Frage ist. Das sind wir allen Beteiligten, die jetzt kommen, schuldig. Es ist aber leider nicht so einfach. Deshalb bitte ich ein bisschen um Verständnis, dass es noch nicht *die* konkrete Antwort gibt. Es ist aber sehr klar, dass dieses Problem tagesaktuell behandelt werden muss: Wie führen wir alles zusammen?

Herr Rykena, ich habe es vorhin bereits erwähnt: Gestern haben wir Unterlagen an alle Schulen geschickt, die exakt diesen Punkt betreffen. Hier findet der Krieg Putins statt. Das ist nicht die Schuld der Kinder, die hier in die Schule gehen, egal, welche Nationalität sie haben. Das müssen wir auch immer wieder deutlich machen. Mobbing, egal in welcher Form, und Ausgrenzung dürfen nicht stattfinden. Anscheinend gibt es solche Konflikte. Auch uns erreichen durchaus Signale, dass hier Herausforderungen bestehen. Diese müssen aber bewältigt werden. Das ist nicht die Schuld der Kinder, die jetzt in der Schule sind. Und sie sind auch nicht die Stellvertreter Putins, um das ganz deutlich zu sagen.

Wir legen großen Wert darauf, dass wir eine solche Kultur hinbekommen. Das ist schwierig. Der Krieg nimmt uns alle emotional mit, und die Ukrainerinnen und Ukrainer in einem Ausmaß, das wir uns nur ganz schwer vorstellen können. Dass man diesen Emotionen nicht mit Sachlichkeit begegnen kann, ist wohl jedem klar. Um in dieser Schwierigkeit die Schulen nicht alleine zu lassen, stellen wir Unterlagen zur Verfügung. Dies werden wir auch fortführen. Das ist kein beendeter Prozess. Das will ich auch ganz deutlich sagen. Wir müssen uns immer wieder angucken, was jeweils als nächstes notwendig ist, um den sich eventuell anbahnenden Konflikten bestmöglich Herr zu werden.

Ihre Frage zu Dolmetscherinnen und Dolmetschern muss ich mitnehmen, weil dieses Thema nicht schwerpunktmäßig in unserem Ressort liegt. Wir gehen der Frage aber gerne nach.

Herr Politze kommt auf die Zahl von 100 000 Kindern, die in unsere Systeme integriert werden müssen - einfach mal mathematisch nach dem Königsteiner Schlüssel heruntergerechnet. Das sind in der Tat alles Annahmen, mit denen wir gerade arbeiten. Niemand weiß, ob das eintritt. Kommen viel weniger? Kommen viel mehr? Zur Einordnung: Pro Jahrgang schulen wir etwa 70 000 Kinder neu ein. - Dann hat jeder mal vor Augen, über welche Größenordnung wir sprechen

und worauf wir uns einstellen müssen. Damit müsste auch jedem klar sein, dass wir nicht einfach normal weitermachen können. Dies muss allen Beteiligten als Erwartungshaltung immer wieder verdeutlicht werden. Ob das wirklich so eintritt, wissen wir nicht. Es kann auch alles anders kommen.

Persönlich teile ich übrigens die Einschätzung von Herrn Politze hinsichtlich der Dauer der Krise. Das ist nicht etwas, bei dem wir uns nach sechs Wochen entspannt zurücklehnen können. Wir müssen uns auf etwas Anderes einrichten. Und dies macht in der Tat auch Integrationsangebote erforderlich. Auch dies ist deutlich zu benennen - und im Übrigen sehr behutsam mit der ukrainischen Regierung abzustimmen.

Ausgedehnte Steuerungsmöglichkeiten wird es sowohl für den Kitabereich als auch für den Schulbereich geben müssen. Es wird gar nicht anders gehen. Wir müssen in dieser Krisensituation größtmögliche Freiheiten gewähren und dann immer wieder darum ringen, dies in handhabbare Strukturen hinein zu organisieren.

Vors. Abg. **Lasse Weritz** (CDU): Herr Minister, noch einmal herzlichen Dank von uns, dass Sie sich heute persönlich in diesen Ausschuss begeben haben, um uns Rede und Antwort zu stehen. Vielen Dank auch noch einmal für Ihr Angebot eines regelmäßigen Austausches. Wir möchten Ihnen gerne dabei helfen, die Augen und Ohren in den Schulen zu haben, und spiegeln Ihnen deshalb gerne wider, welche Rückmeldungen wir bekommen.

Entscheidend ist im Moment, zu versuchen, die Herausforderungen, die sich in jeder einzelnen Schule stellen, zu bewältigen - von der kleinsten Grundschule mit vielleicht 20 Kindern pro Jahrgang bis hin zu den Schulzentren mit mehreren Tausend Schülerinnen und Schülern. Wir müssen jetzt alle gemeinsam anhören und zu erkennen versuchen, wo es hapert, und diese Probleme mit Best-Practice-Beispielen angehen. Diese Anregung von Frau Schütz möchte ich gerne aufnehmen.

In dieser schwierigen Situation ist es, wie gesagt, unsere Pflicht, das bestmögliche zu erreichen. Ich bin sehr froh und auch ein Stück weit stolz auf diesen Ausschuss, dass wir alle zusammenstehen, um dieses Ziel zu erreichen. Wir werden den Weg gemeinsam mit Ihnen und Ihrem Haus gehen. Sie werden von uns jegliche Unterstützung

erhalten. Ich wünsche Ihnen und Ihrem Team von Herzen viel Erfolg dabei, in den kommenden Tagen und Wochen diese Herausforderungen anzugehen.

Minister **Tonne** (MK): Auch von meiner Seite herzlichen Dank und noch eine erfolgreiche weitere Sitzung!

MR'in **Rehn** (MK): Vorhin wurde eine Frage hinsichtlich der psychologischen Unterstützung für Lehrkräfte gestellt, die nach der Corona-Zeit natürlich erschöpft sind. Es wurde aber auch nach Unterstützung für die Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Schulpsychologie gefragt. Im Zusammenhang mit Corona verfügen wir über das Aktionsprogramm „Startklar in die Zukunft“, in dem viele Millionen Euro zur Verfügung gestellt worden sind - sowohl vom Land Niedersachsen als auch vom Bund -, um Schulen bei der Bewältigung der Corona-Pandemie zu unterstützen. In diesem Rahmen haben wir die Möglichkeit geschaffen, die Anzahl der Schulpsychologen aufzustocken. Dies ist zunächst eine befristete Maßnahme, aber hier sind 36 Schulpsychologen-Stellen möglich, die sich gerade in der Ausschreibung befinden. Von diesen 36 Schulpsychologen werden wir nun aufgrund der Rückmeldungen aus den Schulen und der Bedarfe, die von Lehrkräften signalisiert wurden, vier Stellen für die CARE-Beratung aufstocken. Hierbei handelt es sich um ein Unterstützungssystem für Lehrkräfte, die sich aufgrund psychischer Belastung in Richtung Burnout bewegen.

Noch eine grundsätzliche Anmerkung: Die Maßnahmen, die jetzt in den Schulen über das Aktionsprogramm laufen, stehen natürlich grundsätzlich *allen* Schülerinnen und Schülern, die sich an der Schule befinden, zur Verfügung. Wenn die Schulen nun die geflüchteten Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine aufnehmen - die vor dem Krieg natürlich auch noch Corona erlebt haben -, stehen diesen die Angebote natürlich ebenfalls zur Verfügung. Ich hoffe, dass wir - sozusagen in Kombination - die eine oder andere Maßnahme für die Schülerinnen und Schüler aufstellen können.

Abg. **Christian Fühner** (CDU): Frau Rehn, ich möchte Ihre Ausführungen unterstreichen, wobei ich allerdings folgenden Einwand erheben möchte: Natürlich ist es gut, dass wir dieses Programm haben. Aber mit der aktuellen Situation hat es natürlich relativ wenig zu tun. Deshalb muss in Richtung Bund weiterhin die Forderung bestehen blei-

ben, dass wir zusätzliche Ressourcen benötigen. Trotz all dem, was wir nun vielleicht an zusätzlichen Möglichkeiten für kurzfristige Besetzungen haben, muss klar sein, dass das Land Niedersachsen angesichts dieser großen Herausforderung zusätzliche Möglichkeiten erhalten muss.

In diesem Zusammenhang müssen wir natürlich prüfen, wie das Aktionsprogramm bislang angefallen ist, welche Stellen wir besetzt haben und wie wir vielleicht bei einem möglichen Programm für zusätzliche Ressourcen auch ein bisschen anders herangehen müssen. Es ist ja nicht alles einwandfrei gelaufen. Man denke an Personen, die wir einstellen wollten und die vielleicht schon mal beim Land waren - Stichwort: „Befristungsgründe“ etc. Auf diesem Gebiet wäre vielleicht noch etwas zu tun. Ich möchte Ihnen damit aber nicht grundsätzlich widersprechen; dieser Hinweis sei mir nur gestattet.

MR'in **Rehn** (MK): Dies kann ich nur voll und ganz unterstützen, zumal die Mittel auch nur befristet zur Verfügung stehen. Ein kleiner Hinweis: Mittlerweile gibt es auch die Befristung mit Corona-Sachgrund. Insofern können wir nun auch wieder befristet Personen einstellen, für die das vorher nicht möglich war.

StD **Keuneke** (MK): Ich möchte gerne die Frage von Herrn Fühner zu den Maßnahmen im Berufsbildungssystem beantworten. Ich möchte hier nicht noch einmal das Angebot der Berufseinstiegsschule darlegen. Auch dort haben wir ein Unterrichtsmodul aus der SPRINT-Maßnahme mit dem Titel „Einstieg in die Lebens- und Arbeitswelt“ eingepflegt, in dem wir das Thema des Übergangs in die Arbeitswelt natürlich auch für ukrainische Schülerinnen und Schüler wunderbar unterbringen können.

In Kürze tagt der Unterausschuss des Ausschusses für berufliche Bildung in einer Sondersitzung, in der wir uns genau dieses Thema vornehmen werden und nach Möglichkeiten suchen werden, wie wir die Auszubildenden aus der Ukraine in unser Duales System integrieren können. Auf der anderen Seite werden wir aber auch überlegen, inwieweit wir Module anbieten können, die wiederum Anerkennung in der Ukraine finden. Auch dies ist natürlich wichtig, wenn wir davon ausgehen, dass diese schlimme Situation länger anhält.

Ferner überlegen wir, die Zuweisungen an die Berufsbildenden Schulen über die 47 Leitstellen „Region des Lernens“ vorzunehmen. Fast alle

Landkreise und kreisfreien Städte sind mit solchen Leitstellen ausgestattet, sodass wir die Berufsbildenden Schulen zielgerichtet mit den Schülerinnen und Schülern „versorgen“ können. Dies kann dann vor allen Dingen auch zielgerecht und nach Ausbildungswunsch und Ausbildungsberuf, den sie vielleicht in der Ukraine schon aufgegriffen haben, erfolgen. Dies sind die Maßnahmen, die in der Summe zunächst einmal helfen sollen. Im Weiteren müssen wir abwarten, ob diese greifen und ausreichend sind.

Tagesordnungspunkt 2:

Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Stand bezüglich der Corona-Pandemie in Schulen und Kindertagesstätten

RD **Dr. Behrens** (MK), RL **Castens** (MK) und MR **Noite** (MK) unterrichteten den Ausschuss über den aktuellen Stand bezüglich der Corona-Pandemie in niedersächsischen Schulen und Kindertagesstätten, wie er sich zum Zeitpunkt der Unterrichtung darstellte, und beantworteten Rückfragen aus den Reihen der Ausschussmitglieder (Vgl. dazu **Anlage** zu dieser Niederschrift).

Eingegangen wurde insbesondere auf:

- Testpflicht in den Kitas
- künftiges Schutzniveau in den Kitas (freiwillige Testungen, Beschaffung von Lolli-Tests etc.)
- Exit-Plan im Schulbereich (Testpflicht, Masken etc.)

Tagesordnungspunkt 3:

**Entwurf eines Gesetzes zum Fortbestand der
Förderschulen im Förderschwerpunkt Lernen**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP -

[Drs. 18/10728](#)

erste Beratung: 130. Sitzung am 23.02.2022

federführend: KultA;

mitberatend: AfRuV;

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 GO LT:

AfHuF

dazu gemäß § 23 Abs. 1 S. 2 GO LT:

**Individuelle Bildungswege und gelingende In-
klusion brauchen eine vielfältige Schulland-
schaft**

Antrag der Fraktion der FDP – [Drs. 18/10729](#)

Verfahrensfragen

Der **Ausschuss** bat die Landesregierung einmütig um eine Unterrichtung zu dem Thema in einer seiner kommenden Sitzungen.

Tagesordnungspunkt 4:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Schulen für Gesundheitsfachberufe und Einrichtungen für die praktische Ausbildung

Gesetzentwurf der Landesregierung -
[Drs. 18/10796](#)

direkt überwiesen am 24.02.2022

federführend: KultA;

mitberatend: AfRuV

Beginn der Beratung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfes führte RD'in **Reinhard** (MK) Folgendes aus:

Bei dem vorliegenden Gesetzentwurf handelt es sich um eine sehr schmale, technische Novelle des Niedersächsischen Gesetzes über Schulen für Gesundheitsfachberufe und Einrichtungen für die praktische Ausbildung. Das Gesetz ist in zwei Punkten anpassungsbedürftig.

In den Anwendungsbereich des Gesetzes aufzunehmen sind die zum 1. Januar 2022 in Kraft getretenen neuen Ausbildungsberufe zur Anästhesietechnischen Assistentin und zum Anästhesietechnischen Assistenten sowie zur Operationstechnischen Assistentin und zum Operationstechnischen Assistenten. Durch das Anästhesietechnische- und Operationstechnische-Assistenten-Gesetz des Bundes vom 14. Dezember 2019, geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 24. Februar 2021, erhalten Anästhesietechnische Assistentinnen und Anästhesietechnische Assistenten (ATA) und Operationstechnische Assistentinnen und Operationstechnische Assistenten (OTA) erstmals eine bundesweit einheitliche Ausbildung. Diese Ausbildungsberufe müssen in den Geltungsbereich unseres Landesgesetzes mit Wirkung zum 1. Januar 2022 einbezogen werden.

Der zweite Punkt der Novelle betrifft die Änderung des MTA-Reformgesetzes auf Bundesebene. Die weiteren neuen Ausbildungsberufsbezeichnungen „Medizinische Technologin“ und „Medizinischer Technologe“ ersetzen ab dem 1. Januar 2023 die Berufsausbildungen der medizinisch-technischen Assistenz.

Die neue Übergangsvorschrift in § 8 Abs. 6 des vorliegenden Gesetzentwurfes stellt sicher, dass

begonnene Ausbildungen zur technischen Assistentin in der Medizin und zum technischen Assistenten in der Medizin im Rahmen des § 73 MTBG nach den bisher geltenden Vorschriften bis Ende des Jahres 2026 abgeschlossen werden können.

Näheres zu den Anforderungen an die MTA-Schulen wird dann durch Verordnungen geregelt. Diese Schulen wurden auch im Rahmen der umfangreichen Verbandsbeteiligung zugleich zum Gesetz und zur Durchführungsverordnung u. a. angehört. Zum Gesetzentwurf gab es inhaltlich keine Stellungnahmen, sondern lediglich einen redaktionellen Änderungsvorschlag. Das Ergebnis der Verbandsbeteiligung würde ich insgesamt als eine zustimmende Kenntnisnahme bezeichnen.

*

Nach einer kurzen Diskussion über das weitere Verfahren bat der **Ausschuss** die Landesregierung einmütig um eine Unterrichtung in seiner nächsten Sitzung hinsichtlich der „Niedersächsischen Verordnung über Anforderungen an Schulen für Gesundheitsfachberufe und an Einrichtungen für die praktische Ausbildung“ - u. a. über die Änderung von Lerngruppengrößen - und nahm in Aussicht, die Beratung des Gesetzentwurfes im Anschluss durchzuführen.

Tagesordnungspunkt 5:

Innovation durch Vielfalt, Chancengerechtigkeit durch Freiheit - Öffentliche und freie Schulen im fairen Wettbewerb

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/5858](#)

*erste Beratung: 73. Plenarsitzung am 27.02.2020
federführend: KultA;
mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39
Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF*

*zuletzt beraten in der 66. Sitzung am 11. Februar
2022*

Dieser Tagesordnungspunkt wurde auf Bitten der SPD-Fraktion aufgrund weiteren Beratungsbedarfes abgesetzt.

Tagesordnungspunkt 6:

Unterrichtsversorgung verbessern - ausreichend Lehrkräfte ausbilden

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/10738](#)

*erste Beratung: 131. Plenarsitzung am
24.02.2022*

federführend: KultA;

*mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39
Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF*

Verfahrensfragen

Der **Ausschuss** bat die Landesregierung einmütig um eine Unterrichtung zur Personalplanung des Landes in einer seiner nächsten Sitzungen.

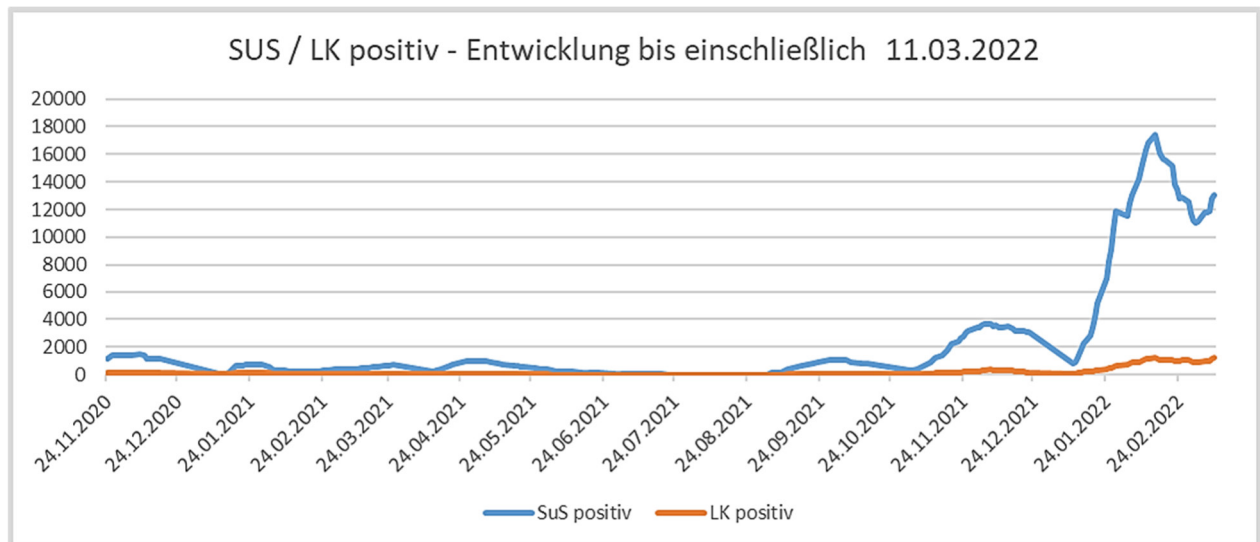
Tagesordnungspunkt 7:

Planung einer parlamentarischen Informationsreise des Kulturausschusses in 2022

Der **Ausschuss** besprach Organisatorisches im Zusammenhang mit der geplanten parlamentarischen Informationsreise nach Edinburgh vom 8. bis zum 12. Mai 2022.

Aktuelle Daten: Infektionen, Testungen, Testkits, Impfungen

Entwicklung erkrankte/positive Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte, Stand 11.03.2022



Schulen im Szenario C, vollständig (C)										
Insgesamt: 3										
Summen: 113 32 8										
SNR	Schulname	Ort	RLSB	Schul	LK	Szer	Klassen/JG	SuS-pos	in Klassen	LK-pos
39160	Grundschule Eichendorffschule	Peine	BS	GS	Landkreis Peine	C		63	16	2
38933	Grundschule Drachenstark, OGTS	Edemissen	BS	GS	Landkreis Peine	C		37	11	6
38271	Grundschule Jennelt	Krummhörn	OS	GS	Landkreis Aurich	C		13	5	0

Schulen im Szenario C, partiell (Ce)										
Insgesamt: 19										
Summen: 302 116 35										
SNR	Schulname	Ort	RLSB	Schul	LK	Szer	Klassen/JG	SuS-pos	in Klassen	LK-pos
67878	Gymnasium Martino-Katharineum	Braunschweig	BS	GY	Stadt Braunschweig	Ce	5c	43	19	5
17139	Grundschule Worphausen	Lilienthal	LG	GS	Landkreis Osterholz	Ce	1b	32	7	5
37606	Grundschule Engter	Bramsche	OS	GS	Landkreis Osnabrück	Ce	1a,1d,2b,3a,3c,4a,4b	29	11	9
30867	Grundschule unter der Schaumburg	Rinteln	H	GS	Landkreis Schaumburg	Ce	Klasse 1b	24	8	2
26979	Grundschule Heinrich-Kielhorn-Schule	Vechelde	BS	GS	Landkreis Peine	Ce	1a, 4a	24	7	1
13018	Grundschule Bad Sachsa	Bad Sachsa	BS	GS	Landkreis Göttingen	Ce	klasse 3b	19	7	0
12622	Grundschule Pestalozzischule	Einbeck	BS	GS	Landkreis Northeim	Ce	3b	17	6	0
32712	Grundschule Bodenwerder	Bodenwerder	H	GS	Landkreis Holzminden	Ce	1b	16	7	2
14229	Grundschule Calberlah	Calberlah	BS	GS	Landkreis Gifhorn	Ce	1a, 1b, 3a, 4b	16	5	0
34605	Grundschule Barendorf	Barendorf	LG	GS	Landkreis Lüneburg	Ce	2b	14	7	0
84062	KGS Sittensen	Sittensen	LG	KGS	Landkreis Rotenburg	Ce	eine 11. Klasse	14	4	0
09933	Leinetal-Grundschole Friedland	Friedland	BS	GS	Landkreis Göttingen	Ce	3b	12	6	0
26372	Grundschule Kissenbrück	Kissenbrück	BS	GS	Landkreis Wolfenbüttel	Ce	Klasse 1b	11	4	0
36444	Grundschule Voxtrup	Osnabrück	OS	GS	Stadt Osnabrück	Ce	Jahrgänge 1,2,4	9	5	6
27686	Grundschule Voslapp	Wilhelmshaven	OS	GS	Stadt Wilhelmshaven	Ce	3a	8	5	0
44878	Dr.-Klaus-Schmidt-Hauptschule	Salzgitter	BS	HS	Stadt Salzgitter	Ce	Jahrgänge 5-8	4	2	3
12798	Grundschule Mahnteschule	Herzberg	BS	GS	Landkreis Göttingen	Ce	Jahrgang 4	4	2	0
33108	Grundschule Wulfthen	Wulfthen	BS	GS	Landkreis Göttingen	Ce	Klassen: 1 / Jahrgang: 3	3	1	1
91406	FöS Stolzenau, FöS GE - Helen-Keller- Stolzenau Schule		H	FöS GE	Landkreis Nienburg	Ce	Klasse S4	3	3	1

Zusammenfassung 11.03.2022, KW 10

Aktuell positiv getestete Personen - alle Schulen

	SuS	Schulen	Klassen	Lehrkräfte	Sonstige
11.03.2022	13.009 ↗	1.168 →	7.223 ↗	1.241 ↗	480 ↗
10.03.2022	12.739	1.148	7.022	1.172	443

Nach Schulformen

11.03.2022	SuS	Schulen	Klassen	Lehrkräfte	Sonstige
GS	5523	648	2686	464	325
FöS	237	37	162	66	35
HS	46	12	41	12	5
RS	314	24	209	25	5
OBS, HRS, ...	1701	175	999	174	49
Gy	2481	118	1429	223	23
IGS/KGS	1613	68	928	135	38
FWS	106	8	53	11	4
BBS	1094	78	769	142	11

Abfragen Testungen KW 09									
Stand: 11.03.2022 - 7:00 Uhr									
KW 09									
Daten KW von :		89,74% der Schulen		91,45% der Schulen		90,43% der Schulen		89,55% der Schulen	
		KW 09		KW 08		KW 07		KW 06	
Testkits		Insgesamt		Insgesamt		Insgesamt		Insgesamt	
Noch vorhanden		7.684.707		8.371.079		8.534.768		9.223.620	
Bestellung		5.157.876		4.725.837		3.729.852		3.919.234	
Befreiung Testpflicht		Anzahl in %		Anzahl in %		Anzahl in %		Anzahl in %	
Schülerinnen u. Schüler		209.042 19%		214.272 19%		211.950 19%		266.323 24%	
Lehrkräfte									
Sonst. Beschäftigte									
Testungen gesamt		SuS LK/Beschäftigte		SuS LK/B.		SuS LK/B.		SuS LK/B.	
Testungen ausgegeben		3.729.935 264.335		4.073.283 284.842		4.049.134 282.406		4.126.521 290.037	
Testungen positiv		23.193 2.855		21.175 2.306		22.009 2.395		24.502 2.287	
PCR bestätigt		16.975 2.436		15.728 2.004		16.217 2.018		17.989 1.957	